

Antrag

der Fraktion der PDS

Keine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ankündigung eines Militärschlags durch die Regierung der USA, der den Regimewechsel im Irak zum Ziel hat, entsprechende militärische Vorbereitungen und diplomatische Aktivitäten zeigen unmissverständlich, dass die Intervention innerhalb eines absehbaren Zeitraumes stattfinden soll. Deutschland muss dazu beitragen, dass dieser Krieg verhindert wird. Der Krieg würde die Interessen Deutschlands wie aller europäischen Staaten zutiefst berühren. Die Nato-Ratstagung am 23. September 2002 wird sich mit diesem Thema befassen.

Eine gemeinsame europäische Haltung zu dem Vorhaben der USA ist noch nicht eindeutig zu erkennen. Um eine Positionsfindung zu befördern, ist eine klare Stellungnahme Deutschlands erforderlich. Im Übrigen hat die deutsche Öffentlichkeit ein Recht, noch vor den anstehenden Bundestagswahlen die Haltung der Bundesregierung und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Frage einer deutschen Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak zu kennen.

Ohne Zweifel hat das Regime Saddam Husseins einen undemokratischen und menschenrechtsverletzenden Charakter. Es missachtet Verpflichtungen, die es auf Grund von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen übernehmen musste. Auch kann die Möglichkeit des Vorhandenseins von chemischen oder biologischen Waffen und entsprechenden Bedrohungen nicht vollständig ausgeschlossen werden. Beweise hierfür sind jedoch bisher nicht vorgelegt worden. Eine Rückkehr der UN-Inspektoren entsprechend den Forderungen der Vereinten Nationen (UN) ist erforderlich, um genaue Informationen zu erhalten und ggf. die Arbeit zur Vernichtung von Waffenbeständen zu vollenden.

Die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates zum Irak bieten völkerrechtlich keinerlei Handhabe, um einen militärischen Sturz des Regimes im Irak zu betreiben. Eine Aggression gegen den Irak hätte auch nichts mehr mit den dort niedergelegten Zielen – Räumung Kuwaits, strikte Rüstungskontrolle – zu tun. Sie wäre völkerrechtswidrig und würde insbesondere das Gewaltverbot der Charta der UN verletzen. Es gibt auch keine völkerrechtliche Legitimation für einen Präventivschlag gegen eine angenommene Bedrohung. Gerade weil das von Saddam Hussein ausgehende Gefahrenpotenzial ernst zu nehmen ist, muss die internationale Gemeinschaft alles daran setzen, eine politische Lösung zu erreichen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das beharrliche Ringen des UN-Generalsekretärs, Kofi Annan, um eine diplomatische Lösung des Konflikts im Inte-

resse einer vollständigen Durchsetzung der geltenden Resolutionen des Sicherheitsrates.

Ein Waffengang im Irak wäre völlig kontraproduktiv, er würde Öl ins Feuer des Nahostkonfliktes gießen und zusätzliche Gewaltpotenziale freisetzen. Keines der ohnehin komplizierten Probleme würde gelöst. Ein Krieg würde darüber hinaus katastrophale Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben.

Der Deutsche Bundestag erklärt deshalb auch in Hinblick auf die Positionsfindung bei der NATO-Ratstagung am 23. September 2002, dass sich die Bundesrepublik Deutschland nicht an einer Militärintervention gegen den Irak beteiligen und keinerlei finanzielle oder logistische Unterstützung dazu leisten wird. Dies gilt unabhängig vom Vorhandensein eines Mandats des Sicherheitsrates.

Deutschland ist dem Einsatz für eine friedliche und gerechte Welt verpflichtet und will mit verschiedenen nichtmilitärischen, politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen Lösungen zu entsprechenden Entwicklungen beitragen. Ein Krieg gegen den Irak würde nur neues Leid in das geschundene Land bringen und viele Opfer kosten. Deshalb ist eine militärische Intervention abzulehnen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- gegenüber den USA eindeutig zu erklären, dass es keine militärische, finanzielle oder logistische Unterstützung von deutscher Seite für eine US-Intervention geben wird und dass das Territorium Deutschlands für kriegsunterstützende oder begleitende Maßnahmen nicht zur Verfügung steht, auch wenn ein Mandat des Sicherheitsrates vorliegen sollte,
- im Sinne dieser Haltung Gespräche mit den Partnern in der Europäischen Union und in der NATO zu führen, um eine gemeinsame europäische Position zu erarbeiten und auf die Regierung der USA einzuwirken, von einer militärischen Intervention Abstand zu nehmen,
- als konkrete Schritte zur Absenkung der Kriegsgefahr und um Gefahren durch eine mögliche Einbindung deutscher Soldaten, die in der Region stationiert sind, in Kriegshandlungen abzuwenden, die ABC-Spürpanzer-Einheiten aus Kuwait und die Marine-Einheiten vor dem Horn von Afrika abzuziehen,
- im NATO-Rat die Aufhebung des bestehenden Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages zu beantragen,
- aktiv dazu beizutragen, dass die Tätigkeit der UN-Waffeninspektoren unverzüglich wieder aufgenommen und der mühsam begonnene Annäherungsprozess zwischen dem Irak und der Arabischen Liga gefördert wird und
- alle zivilen Maßnahmen zu fördern, die geeignet sind, Menschenrechtsverletzungen im Irak zu beenden, die unter dem Regime von Saddam Hussein unterdrückte demokratische Opposition zu stärken und Möglichkeiten der Entwicklung demokratischer Strukturen zu verbessern.

Berlin, den 20. August 2002

Roland Claus und Fraktion